

SP-Steuerinitiative ist wirtschaftlich unsinnig

Schlimme Folgen für uns alle

von

Reiner Eichenberger*

Die Steuererhöhungsinitiative will kantonale und kommunale Steuern für höhere Einkommen von mindestens 22 Prozent. Zusammen mit den 13 Prozent Bundessteuern und den 5 Prozent AHV-Beiträgen, die für Gutverdienende reine Steuern sind, würde so die Gesamtsteuerbelastung mindestens 40 Prozent betragen. Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz wäre das Gift, was wiederum höhere Steuern für alle bedeuten würde. Zudem fordert die Initiative Vermögenssteuern von mindestens 0,5 Prozent. Das ist konfiskatorisch. Die Zinssätze für vernünftig angelegte Vermögen liegen üblicherweise rund 1,5 Prozent über der Inflation. Schon bei einer normalen Inflation von 1,5 Prozent und damit 3 Prozent Zins bleibt den Eigentümern nach Abzug der kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Einkommenssteuern (35 Prozent von 3 Prozent Zins), der Vermögenssteuer (0,5 Prozent) und der Inflation (1,5 Prozent) weniger als Nichts. Mit höherer Inflation wächst der jährliche Vermögensverlust schnell an. Erstaunlich, dass niemand von Diebstahl spricht.

Schon heute haben die Hochsteuernkantone noch höhere Steuern als die Initiative fordert. Das ist das wahre Problem, nicht die Tiefsteuernkantone. Die Behauptung, dass Tiefsteuernkantone die Zentrums Kantone ausnutzen, ist absurd. Wäre das der Fall, müsste insbesondere Zürich mit seinen Nachbarn Zug und Schwyz notleiden, und Bern mit seinen Hochsteuernachbarn blühen. Doch es ist genau umgekehrt. Den Zürchern geht es auch dank ihren Tiefsteuernachbarn gut. Sie profitieren vom Wettbewerbsdruck und den

* Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist ordentlicher Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg (Schweiz) und Forschungsdirektor von CREMA (Center for Research in Economics, Management, and the Arts).
Anschrift: Bd. de Pérolles 90, Universität Fribourg, CH-1700 Fribourg,
Tel. 0041 26 300 82 62/65, Fax 0041 26 300 96 78, e-mail reiner.eichenberger@unifr.ch.

steuergünstigen Ansiedlungsmöglichkeiten für Mitarbeiter international mobiler Zürcher Firmen.

Die Initiative ist ein Frontalangriff auf die kantonale und kommunale Steuerautonomie, die für die Schweiz grundlegend ist. Ohne lokale Steuerautonomie kann lokal nur noch entschieden werden, *wofür* Geld ausgegeben werden soll. Dann würde jede Interessengruppe nur noch versuchen, möglichst viele öffentliche Mittel auf ihre eigenen Projekte zu lenken. Für allgemeine Sparsamkeit würde sich aber niemand mehr einsetzen. Nur wenn die Steuersätze gegen unten flexibel sind, können die Bürger auch entscheiden, *wievie!* Geld sie ausgeben und ob sie die Steuern senken wollen. Erst das gibt ihnen die für das Funktionieren der Demokratie entscheidenden Anreize, für effektiven Mitteleinsatz einzutreten.

Die Initiative blockiert sinnvolle Steuerreformen. Heute in Zürich und anderen Kantonen geplante Steuersenkungen würden genau so verunmöglicht wie die Einführung effizienterer Steuersysteme mit tieferen Steuersätzen aber dafür weniger Abzugsmöglichkeiten.

Die stereotype Kritik der SP am Steuerwettbewerb folgt aus dem „Nirwana-Ansatz“. Sie misst die reale, unvollkommene Welt mit Steuerwettbewerb an einer wettbewerbslosen Idealwelt. Doch die reale Alternative zu Steuerwettbewerb ist nicht eitel Steuerharmonie. Bei Harmonisierung der Steuern verlagert sich der Wettbewerb auf andere Instrumente – mit nachteiliger Wirkung. Tatsächlich droht ruinöse Konkurrenz gerade bei Steuervereinheitlichung. Je eingeschränkter die Kantone und Gemeinden bei der Festlegung ihrer Steuersätze sind, desto mehr nutzen sie andere Instrumente, insbesondere Abzugsmöglichkeiten, Steuerschlupflöcher, Spezialabkommen, gezielte Zuwendungen und Subventionen, um gute Steuerzahler und Unternehmungen anzuziehen. Im Unterschied zum Steuersatzwettbewerb haben aber solche Subventions- und Steuerschlupflochwettläufe hohe Kosten, und sie führen zu weit grösseren Ungleichheiten. Das wird zwar oft „Wirtschaftsförderung“ genannt, ist aber einfach nur die reale, schlechte Alternative zu allgemeinem Steuersatzwettbewerb.

Schliesslich würde die Annahme der SP-Initiative eine grosse indirekte Enteignung bedeuten. In den Tiefsteuernkantonen hat sich die günstige Steuersituation längst in höheren Immobilienpreisen niedergeschlagen. Würden nun dort die Steuern zwangserhöht, würden die Immobilienpreise massiv fallen – mit schwerwiegenden Folgen für Eigentümer, Banken und Pensionskassen, also für uns alle.

Anschläge: 4015